

31. Dez. 2025 · 3 Min. Lesezeit · Migration

„Wir schaffen das“ – Zehn Jahre später

Integration hat keine Deadline, Solidarität kein Verfallsdatum. Zehn Jahre später ist die eigentliche Aufgabe klarer denn je: Gesellschaft ist kein Projekt, das man einfach abschließen kann. Entscheidend ist, ob wir Strukturen für ein dauerhaftes Miteinander geschaffen haben.



Noel Urcan

Photo by [Folco Masi](#) / [Unsplash](#)

Es gibt Sätze, die eine Gesellschaft spalten, ohne es zu beabsichtigen. „Wir schaffen das“ war so einer. Drei Worte, gesprochen im Spätsommer 2015, als Deutschland zur Projektionsfläche wurde – für Hoffnung, Verzweiflung und die Frage, was eine Gesellschaft aushalten kann und will. Zehn Jahre später klingt der Satz ferner, aber nicht leiser.

Doch was bedeutete „wir“ damals? Was sollten wir „schaffen“? Und was war mit „das“ gemeint? Der Satz enthielt Leerstellen, die nie wirklich gefüllt wurden. Meinte „wir“ die Bundesregierung? Die Zivilgesellschaft? „Die Deutschen“ – jene, die schon hier waren? Oder schloss er die Ankommenden bereits mit ein? Was genau sollten wir „schaffen“? Die Aufnahme? Die Integration? Ein friedliches Zusammenleben? Oder bloß das Überstehen einer humanitären Krise?

Zehn Jahre später erscheint es logisch, Bilanz zu ziehen. Und so gibt es dieses Jahr etliche Artikel, Reportagen und Beiträge, die sich mit dem Erbe von 2015 auseinandersetzen. Manche analysieren differenziert. Andere übernehmen schnell ein vermeintlich naheliegendes Narrativ: Haben wir es geschafft? Doch diese Frage – egal, wer sie stellt – übernimmt dieselben Unklarheiten, ohne sie zu präzisieren. Als wären zehn Jahre ein festgelegter Zeitraum, nach dem eine binäre Antwort fällig wird: Ja oder nein? Geschafft oder gescheitert? Schwarz oder Weiß?

Die Frage ist grundsätzlich falsch gestellt. Sie unterstellt, dass „es schaffen“ einen Endzustand hätte. Als könne man irgendwann abhaken: Integration erledigt, Solidarität vollbracht, Gesellschaft fertig. Als gäbe es einen Punkt, an dem wir sagen könnten: Jetzt sind wir durch. Jetzt ist es geschafft. Jetzt können wir uns zurücklehnen.

Aber so funktioniert Gesellschaft nicht. Eine Gesellschaft ist kein Projekt mit Deadline. Sie ist kein Zustand, den man erreicht und dann konserviert. Vielmehr ist sie ein permanentes Aushandeln von Zugehörigkeit und Verantwortung. Wer dazugehört, wird jeden Tag neu verhandelt – in Gesprächen, in Institutionen und in alltäglichen Begegnungen.

Von der Welle zur Ernüchterung

Die Welle von 2015 trug – solange die Emotion anhielt. Hunderttausende engagierten sich ehrenamtlich, organisierten Deutschkurse, begleiteten Behördengänge, öffneten ihre Wohnzimmer. Aber zehn Jahre später hat sich die Stimmung verändert. Nicht, weil die Hilfsbereitschaft verschwunden wäre, sondern weil andere Stimmen lauter geworden sind.

Menschen fühlen sich abgehängt – nicht unbedingt die Ärmsten, sondern jene, die Angst vor dem Abstieg haben. Sie fürchten, dass nicht genug für alle da ist. Migration wird zum Sündenbock für strukturelle Probleme: zu wenig bezahlbarer Wohnraum, unsichere Arbeitsverhältnisse, überlastete Schulen, Altersarmut. Die Ursachen dieser Probleme – wachsende Ungleichheit, fehlende Investitionen in strukturschwache Regionen, der Rückbau sozialer Sicherungssysteme – bleiben ungelöst. Stattdessen werden soziale Fragen kulturalisiert: Nicht die Frage, warum es zu wenig bezahlbaren Wohnraum gibt, sondern warum Geflüchtete welchen bekommen, bestimmt den Diskurs.

Und die politische Mitte? Sie reagiert oft hilflos. Sie versucht, Wähler*innen zurückzugewinnen, indem sie Positionen übernimmt – und auch die Sprache: „Obergrenze“, „Anreize reduzieren“, „konsequent abschieben“. Folglich bestätigt sie ein Framing, in dem Migration tatsächlich als Problem und nicht als Strukturmerkmal moderner Gesellschaften behandelt wird.

Dabei wäre es ehrlicher zu sagen: Migration ist immer eine Herausforderung – für beide Seiten. Personen, die ihr Land verlassen, verlieren ihr soziales Umfeld, kulturelle Selbstverständlichkeiten und berufliche Anerkennung. Sie müssen eine neue Sprache lernen und die ungeschriebenen Regeln des Alltags verstehen – wie Behördenanträge formuliert werden müssen, welche Gesten als höflich oder beleidigend gelten, welche Höflichkeitsformen wann angemessen sind. Zudem müssen sie Beziehungen aufbauen, oft unter prekären Bedingungen und mit Traumata.

Für die Aufnahmegesellschaft bedeutet Migration ebenfalls Anpassung: Infrastrukturen müssen ausgeweitet werden, Behörden mehrsprachig arbeiten, Schulen diversitätssensibel agieren. Vielfalt muss verhandelt werden – unterschiedliche Normen, Werte und Lebensweisen. Die gewohnten Selbstverständlichkeiten werden hinterfragt.

Genau deshalb braucht es politische Unterstützung, Strukturen, Ressourcen und Geduld. Nicht trotz der Herausforderungen, sondern wegen ihnen.

Solidarität muss ins System

Solidarität, die nur auf spontaner Hilfsbereitschaft beruht, ist nicht nachhaltig – sie muss ins System integriert und institutionalisiert werden. Finanzierte und professionelle Strukturen sind notwendig, statt ausschließlich auf ehrenamtliche Improvisation zu setzen. Wir brauchen dauerhaft bestehende Angebote statt konjunktureller Hilfe. Doch genau das Gegenteil geschieht: Für das Jahr 2025 wurden die Etats für Integrationskurse, Sprachförderung und Migrationsberatung drastisch gekürzt und die staatliche Verantwortung wieder auf das Ehrenamt abgewälzt.

Stattdessen wird Solidarität politisch instrumentalisiert und gegeneinander ausgespielt. Wer sich mit Geflüchteten solidarisiert, wird gefragt: Und was ist mit den Rentner*innen? Mit den Sozialhilfeempfänger*innen? Mit den Menschen im Osten? Als gäbe es nur ein begrenztes Kontingent an Solidarität, das gerecht zwischen jenen, die neu kommen, und jenen, die längst Teil dieser Gesellschaft sind, verteilt werden muss.

Dieses Nullsummendenden vergiftet den Diskurs. Es suggeriert, dass Gerechtigkeit für die einen Ungerechtigkeit für die anderen bedeutet. Dabei wird ein einfaches Grundprinzip vergessen: Solidarität ist unteilbar. Es braucht eine Solidarität, die versteht, dass wir als Gesellschaft nur gemeinsam funktionieren.

Wir sind längst aufeinander angewiesen. Die Frage ist nicht mehr, ob wir zusammenleben. Die Frage ist, ob wir das anerkennen – und Strukturen schaffen, die diesem Zusammenleben gerecht werden.

Zehn Jahre später Bilanz zu ziehen, war richtig. Aber wichtiger als die einmalige Frage „Haben wir es geschafft?“ ist die kontinuierliche Auseinandersetzung mit anderen Fragen: Haben wir Platz gemacht? Haben wir Strukturen geschaffen, die Zugehörigkeit ermöglichen? Haben wir zugehört? Ob wir Migration nicht länger als Krise behandeln, sondern als das, was sie ist: Teil unserer Gesellschaft. Ob wir Integration nicht länger als einseitige Anpassung verstehen, sondern als wechselseitigen Prozess.

Denn „Wir schaffen das“ war nie eine Verheißung. Es war eine Aufgabe. Und diese Aufgabe ist nicht nach zehn Jahren erledigt. Sie ist es nie. Gesellschaft ist kein Projekt mit Deadline. Sie ist ein fortwährender Prozess. Und genau darin liegt auch die Chance: Solange wir nicht fertig sind, können wir uns verändern.

< „Selbst wenn wir jetzt das Stipendium entzogen bekommen, war es das wert.“
– Protest gegen Friedrich Merz

migrantisch gelesen: Wie kann das Lesen wieder Teil unseres Alltags werden? >

Kommentare

0 Kommentare

NU

Beginne das Gespräch

Kommentar hinzufügen

„**kohero**

Magazin für interkulturellen Zusammenhalt



Seiten

[Startseite](#)

[Autor*innen](#)

[Über uns](#)

[FAQ](#)

[Kontakt](#)

Rechtliches

[Impressum](#)

[Datenschutz](#)

[AGB](#)

© 2026 kohero - Magazin. Alle Rechte vorbehalten.